

Erklärung des UN-Hochkommissars für Menschenrechte Volker Türk zu Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten

10. November 2023

ÜBERMITTELT VON UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk in Amman, Jordanien

.....

Ich möchte Ihnen etwas von dem erzählen, was ich in den letzten Tagen von Palästinensern und Israelis gesehen und gehört habe.

Ich habe gerade mit einem unserer Kollegen in Rafah telefoniert, der mit seiner im siebten Monat schwangeren Frau, seinen beiden kleinen Kindern und anderen Familienmitgliedern aus Gaza-Stadt fliehen musste, als die Gebäude um ihn herum durch israelische Bombardements zerstört wurden. Seine Kinder, neun und sieben Jahre alt, stellen ihm Fragen, auf die er keine Antwort weiß: "Warum geschieht das mit uns? Was haben wir getan?"

Eine andere palästinensische UN-Kollegin in Gaza erzählte mir, wie sie mit ihren Kindern um 1 Uhr nachts fliehen musste, um weit weg von zu Hause Schutz zu finden, aber dass sie ihre Taschen immer in der Nähe hat, da sie vielleicht kurzfristig wieder fliehen müssen. Ihre Schwägerin wurde gestern getötet, enge Freunde am Tag zuvor. Das Wasser ist knapp, und die Angst ist allgegenwärtig. Mehrere andere Kollegen erzählten mir, dass sie im letzten Monat die Ermordung von Dutzenden ihrer Angehörigen zu beklagen hatten. Es war ein bedauerliches, wiederkehrendes Thema, das ich in den letzten Tagen hörte.

Bei einem kurzen Besuch im El Arish-Krankenhaus im ägyptischen Rafah habe ich viele Kinder gesehen, die im Gazastreifen verletzt wurden - einen dreijährigen Jungen mit zwei gebrochenen Beinen, einen fünfjährigen Jungen und ein fünfjähriges Mädchen mit schweren Verbrennungen, ein achtjähriges Mädchen mit Wirbelsäulenverletzungen und andere. Das waren die "glücklichen" Kinder, die schrecklich gelitten haben, aber noch am Leben sind und eine angemessene medizinische Behandlung erhalten.

Wie Sie wissen, sind nach Angaben des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen im vergangenen Monat etwa 4 400 weitere Kinder getötet worden. Viele andere sind möglicherweise unter den Trümmern der bombardierten Gebäude eingeschlossen. Mehr als 26.000 wurden verletzt - und können entweder aufgrund des zusammenbrechenden Gesundheitssystems in Gaza nicht medizinisch versorgt werden oder müssen ohne Narkose operiert werden.

Ich habe auch von Menschen mit Behinderungen gehört, die ihre Betreuer und ihren Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten verloren haben. Die Menschen standen vor der unmöglichen Entscheidung, entweder ein behindertes Familienmitglied zurückzulassen und zu riskieren, auf dem Weg dorthin getroffen zu werden, oder bei ihm zu bleiben und zu riskieren, zu Hause getroffen zu werden.

Und ich hörte von israelischen Menschenrechtsaktivisten, die zutiefst erschüttert und empört über die Notlage der Zivilisten in Gaza sind. Sie waren auch beunruhigt darüber, was dies für Israel bedeutet. Sie sagten zu mir, ich zitiere: "Es ist uns nicht erlaubt, für den Frieden zu protestieren - wir werden aus diesem Krieg mit viel weniger Freiheit zurückkehren. Wir wissen nicht, welche Art von Gesellschaft am Ende dieses Krieges entstehen wird." Und **ich hörte von palästinensischen Menschenrechtsaktivisten, dass sie über die Doppelmoral besorgt sind. Sie betonten, dass die internationale Gemeinschaft es versäumt hat, ihrer Verpflichtung zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts nachzukommen und ihren Einfluss geltend zu machen, um das unzumutbare Leiden der Zivilbevölkerung inmitten dieses Wahnsinns zu beenden.**

Die grausamen Angriffe der Hamas gegen Israel am 7. Oktober sollten jeden von uns empören. Den Opfern dieser grausamen Verbrechen muss Gerechtigkeit widerfahren, sie müssen zur Rechenschaft gezogen und ihnen muss geholfen werden. Die Geiseln müssen nach Hause zurückgebracht werden, und der wahllose Raketenbeschuss Israels muss aufhören.

Es ist jedoch klar, dass dauerhafter Frieden und Sicherheit nicht durch die Ausübung von Wut und Schmerz gegen Menschen erreicht werden können, die keine Verantwortung für die begangenen Verbrechen tragen - einschließlich der 99 getöteten UNRWA-Mitarbeiter. Dies ist beispiellos, empörend und zutiefst herzerreißend.

Die umfangreichen israelischen Bombardierungen des Gazastreifens, einschließlich des Einsatzes von hochwirksamen Explosivwaffen in dicht besiedelten Gebieten, die Zehntausende von Gebäuden dem Erdboden gleichmachen, haben eindeutig verheerende Auswirkungen auf die humanitäre Lage und die Menschenrechte. Nach vier Wochen Bombardierung und Beschuss durch die israelischen Streitkräfte in Gaza sind die wahllosen Auswirkungen solcher Waffen in einem dicht besiedelten Gebiet offensichtlich. **Israel muss den Einsatz solcher Methoden und Mittel der Kriegsführung sofort beenden, und die Angriffe müssen untersucht werden.** Wir beobachten weiterhin Angriffe und eine Reihe von Vorfällen mit einer hohen Zahl von Todesopfern im gesamten Gazastreifen, darunter Angriffe auf Wohngebiete in Jabalia, Gaza-Stadt, Al Bureij, Al Nuseirat, Al Meghazi und Khan Yunis. In Anbetracht der vorhersehbar hohen Zahl ziviler Opfer und des großen Ausmaßes der Zerstörung ziviler Objekte haben wir ernsthafte Bedenken, dass es sich hierbei um **unverhältnismäßige Angriffe handelt, die gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen.**

Die Angriffe auf Krankenhäuser und die Umgebung von Krankenhäusern in Gaza-Stadt waren besonders heftig, vor allem auf die beiden größten Krankenhäuser in der Region - das Indonesien-Krankenhaus in Beit Lahiya und das Al Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt. Inzwischen erschweren die Angriffe auf die umliegenden Gebiete den Zugang zu den Krankenhäusern, unter anderem durch die Zerstörung von Straßen.

Einige Krankenhäuser, darunter das Al-Quds-Krankenhaus und das Al-Shifa-Krankenhaus, haben zusätzlich zu den allgemeinen Evakuierungsanweisungen für alle Bewohner des nördlichen Gazastreifens spezielle Evakuierungsanweisungen erhalten. Eine solche Evakuierung ist jedoch, wie die

Weltgesundheitsorganisation gewarnt hat, ein "Todesurteil" in einem Kontext, in dem das gesamte medizinische System zusammenbricht und die Krankenhäuser im südlichen Gazastreifen keine Kapazitäten haben, um weitere Patienten aufzunehmen.

Das humanitäre Völkerrecht ist eindeutig: Es gewährt den medizinischen Einrichtungen besonderen Schutz und verlangt, dass sie jederzeit geschützt und respektiert werden. Wenn bewaffnete palästinensische Gruppen Zivilisten und zivile Objekte nutzen, um sich vor Angriffen zu schützen, verstößt dies gegen das Kriegsrecht. Ein solches Verhalten palästinensischer bewaffneter Gruppen entbindet Israel jedoch nicht von seiner Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Zivilisten geschont werden - dass die Grundsätze der Unterscheidung, der Vorsicht bei Angriffen und der Verhältnismäßigkeit eingehalten werden. Die Nichteinhaltung dieser Grundsätze stellt ebenfalls einen Verstoß gegen das Kriegsrecht dar - mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung.

Während die Bombardierungen des Gazastreifens aus der Luft, zu Lande und zur See andauern, macht die seit über einem Monat andauernde vollständige Belagerung den Bewohnern des Gazastreifens die Beschaffung von lebensnotwendigen Gütern und das Überleben zur Qual. **Alle Formen der kollektiven Bestrafung müssen ein Ende haben.**

Die Forderung, die Zivilbevölkerung in eine von den israelischen Streitkräften ausgewiesene "sichere Zone" umzusiedeln, ist ebenfalls sehr bedenklich. Eine so genannte "sichere Zone" kann, wenn sie einseitig eingerichtet wird, die Risiken für die Zivilbevölkerung erhöhen und wirft die Frage auf, ob die Sicherheit in der Praxis gewährleistet werden kann. Gegenwärtig ist der Gazastreifen nirgendwo sicher, da aus allen Teilen des Streifens Bombardierungen gemeldet werden. Es muss auch absolut klar sein, dass Zivilisten nach dem Völkerrecht geschützt sind, egal wo sie sich befinden.

Es ist dringend erforderlich - und ich habe dies schon oft gesagt, auch am Grenzübergang Rafah in Ägypten -, dass die Parteien einem Waffenstillstand auf der Grundlage entscheidender menschenrechtlicher Erfordernisse zustimmen - um Lebensmittel, Wasser und andere lebenswichtige Güter an die Menschen zu liefern, die sie dringend benötigen, und zwar dort, wo sie sie benötigen, nämlich im gesamten Gazastreifen; dass alle Geiseln freigelassen werden und dass ein Weg zu einem nachhaltigen Ausweg aus dieser alpträumerhaften Situation in Gaza eröffnet wird.

Außerdem appelliere ich dringend an die israelischen Behörden, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der Palästinenser im Westjordanland zu gewährleisten, die tagtäglich der Gewalt der israelischen Streitkräfte und Siedler, Misshandlungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Einschüchterungen und Demütigungen ausgesetzt sind.

Dieses Jahr war für die Palästinenser im Westjordanland bereits das tödlichste seit Beginn der Aufzeichnungen, mit etwa 200 Toten noch vor dem 7. Oktober, und wir haben diese Warnungen bereits im letzten Jahr ausgesprochen. Seit Anfang Oktober sind mindestens 176 weitere Palästinenser, darunter 43 Kinder und eine Frau, getötet worden - die meisten von israelischen

Sicherheitskräften und mindestens acht von Siedlern. Mehr als 2.000 Palästinenser wurden in schwerwiegenden Operationen im gesamten Westjordanland festgenommen und inhaftiert, und wir haben beunruhigende Fälle von Misshandlungen der Verhafteten und ihrer Familien dokumentiert.

In diesem Jahr haben die israelischen Streitkräfte bei Strafverfolgungsmaßnahmen zunehmend militärische Taktiken und Waffen eingesetzt. Allein gestern wurden mindestens 14 Palästinenser von israelischen Streitkräften im Flüchtlingslager Jenin getötet. Darüber hinaus gab es gestern im gesamten Westjordanland vier weitere Tote. Strafverfolgungsmaßnahmen im besetzten Westjordanland müssen in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsnormen durchgeführt werden.

Auch die Gewalt der Siedler und die Landnahme haben im gesamten Westjordanland stark zugenommen. Seit dem 7. Oktober wurden fast 1.000 Palästinenser aus mindestens 15 Hirtengemeinschaften aus ihren Häusern vertrieben. Vor dem Hintergrund des Zwangsumfelds, in dem sie leben, kann die **Vertreibung dieser Gemeinschaften einer gewaltsamen Umsiedlung gleichkommen, was einen schweren Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention darstellt.**

Ich fordere die israelischen Behörden auf, ihren Verpflichtungen als Besatzungsmacht zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung nachzukommen, den Sicherheitskräften klare und unmissverständliche Anweisungen zu erteilen, um den Schutz der palästinensischen Bevölkerung vor der Gewalt der Siedler zu gewährleisten, und diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die sich nicht an diese Anweisungen halten. Israel hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass alle gewalttätigen Vorfälle unverzüglich und wirksam untersucht werden und dass die Opfer wirksame Rechtsmittel in Anspruch nehmen können. **Anhaltende, weit verbreitete Straffreiheit für solche Verstöße ist inakzeptabel, gefährlich und ein klarer Verstoß gegen die Verpflichtungen Israels nach den internationalen Menschenrechtsnormen.** Und ich hoffe, dass unter diesen Umständen endlich Rechenschaft abgelegt wird.

In den letzten Monaten haben wir mehrere Vorfälle dokumentiert, bei denen Siedler organisiert haben, um palästinensische Landwirte an der Olivenernte zu hindern, die eine der Haupteinnahmequellen im Westjordanland ist, indem sie sie unter anderem mit Schusswaffen angriffen und zwangen, ihr Land zu verlassen, die Ernte zu stehlen und Olivenbäume zu vergiften oder zu zerstören. Und Menschenrechtsverteidiger werden zunehmend mit Gewalt bedroht, wenn sie Verstöße dokumentieren. Das habe ich gestern direkt von ihnen erfahren.

Diese Menschenrechtsverteidiger - und mein Büro - schlagen seit vielen Jahren wegen der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und der anhaltenden Straflosigkeit Alarm und warnen, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte, wenn keine Schritte in Richtung individuelle strafrechtliche Verantwortung und Achtung der Rechtsstaatlichkeit unternommen werden.

Anstatt Menschenrechtsverteidiger - und die Vereinten Nationen - zu diskreditieren und zu bestrafen, weil sie Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, müssen die Behörden die Rechenschaftspflicht sicherstellen, was

ein wesentlicher Schritt zur Deeskalation der Spannungen in dieser brisanten Zeit ist.

Wir haben im Laufe der Geschichte immer wieder gelernt, dass Extremismus nur weiteren Extremismus hervorbringt. Es müssen wirklich Schritte unternommen werden, um diesen Kreislauf aus Rache, Tod, Trauer und Wut zu durchbrechen.

Ich verurteile auch aufs Schärfste die Verwendung von entmenschlichenden Ausdrücken, insbesondere durch politische und militärische Führer in Israel und durch die Hamas. Der einzige Sieger in einem solchen Kontext ist der Extremismus, der zu mehr und größerer Gewalt führt. **Die israelische Regierung muss alle Maßnahmen ergreifen, um Vorfälle von Hassreden und Aufwiegelung gegen Palästinenser zu beenden.** Einige der Äußerungen hochrangiger Beamter sind nicht nur verabscheuungswürdig, sondern können auch zu Hass und Gewalt aufstacheln - und in einigen Fällen könnten sie als Beweis für die Absicht dienen, Feindseligkeiten in einer Weise zu führen, die gegen die Kriegsgesetze verstößt.

Ich fordere die Entscheidungsträger dringend auf, die Empfehlungen unserer zahlreichen Menschenrechtsberichte über die besetzten palästinensischen Gebiete zu prüfen und umzusetzen und den Abgrund, in den der zunehmende Extremismus und die Gewalt geführt haben, zu verlassen.

Es bedarf aussagekräftiger Untersuchungen und einer Rechenschaftspflicht, um diesen Kreislauf von Gewalt und Rache gegen ganze Gemeinschaften zu beenden. Wenn die nationalen Behörden nicht willens oder in der Lage sind, solche Untersuchungen durchzuführen, und wenn es widersprüchliche Darstellungen zu besonders schwerwiegenden Vorfällen gibt, muss es unabhängige, internationale Untersuchungen geben.

Es ist klar, dass der Status quo unhaltbar ist und dass wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern. Die einflussreichen Mitgliedstaaten müssen sich mehr denn je dafür einsetzen, dass die Parteien ohne weitere Verzögerung einen Waffenstillstand schließen.

Beenden Sie die Gewalt. Garantieren Sie die Sicherheit der humanitären Helfer. Gewährleistung eines sicheren Zugangs, um die humanitäre Hilfe für alle Bedürftigen sicherzustellen. Sorgen Sie dafür, dass die Menschen genug zu essen, sauberes Wasser zu trinken, medizinische Versorgung und Unterkünfte haben. Befreien Sie die Geiseln. Verurteilung derjenigen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsgesetzen.

Die Lösung für diese Situation ist die Beendigung der Besatzung und die uneingeschränkte Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Wie ich immer wieder gesagt habe, muss die Besatzung beendet werden, um die Gewalt zu beenden. Die Mitgliedstaaten müssen alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um einen dauerhaften Frieden für alle Palästinenser und Israelis zu erreichen.

*Bemerkungen während der Pressekonferenz des UN-Hochkommissars für
Menschenrechte Volker Türk nach seinem Besuch in Rafah, Ägypten*